Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6584**

14. Wahlperiode 04. 07. 2001

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Hildebrecht Braun (Augsburg), Jörg van Essen, Ulrike Flach, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Klaus Kinkel, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksachen 14/3871, 14/5583 –

Verkehrssicherheitslage 2000 für eine nationale Verkehrssicherheitskampagne

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die ausführliche Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU bestätigt und untermauert eine Reihe von Erkenntnissen, die für die Situation der Verkehrssicherheitspolitik von Bedeutung sind:

1. Trotz steigender Fahrleistungen sinkt die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten erheblich.
2. Die Entwicklung der Unfallzahlen insgesamt und die der Verunglückten korrespondiert nach wie vor mit der gestiegenen Fahrleistung.
3. In den neuen Bundesländern ist die Zahl der Verkehrsunfälle, der Verunglückten und der Getöteten trotz der positiven Entwicklung der vergangenen Jahre im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und im europäischen Vergleich nach wie vor zu hoch.
4. Ein guter Bau- und Erhaltungszustand des Straßennetzes ist für die Verkehrssicherheit ein wesentlicher Faktor.
5. Die Verkehrssicherheitsarbeit insgesamt ist auch angesichts immer knapper werdender Haushaltsmittel zu kleinteilig, zu wenig transparent und mit Blick auf die Effizienz der eingesetzten Haushaltsmittel überprüfungsbedürftig.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. das vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 15. Februar 2001 vorgestellte Verkehrssicherheitsprogramm zu straffen, damit die darin angelegte richtige Zielsetzung und die Konzentration auf die wichtigsten Handlungsfelder in der Verkehrssicherheitsarbeit stärker zur Geltung kommt;
2. die mittelfristige Kürzung der Infrastrukturinvestitionen zurückzunehmen und die Erhaltungsinvestitionen zu verstärken, um den Unfallfaktor Straßenzustand zu reduzieren;
3. die Akzeptanz des Straßenverkehrsrechts durch eine grundlegende Reform zu erhöhen statt sie durch schwer zu kontrollierende Verbote wie das Handyverbot oder die Verschärfung der 0,5-Promille-Grenze zu mindern;
4. die Verkehrssicherheitsorganisation in ihrer Arbeit einer stärkeren Erfolgskontrolle auszusetzen und ihre Arbeit im Sinne der Konzentration auf das Wesentliche zu einer nationalen Sicherheitskampagne zusammenzufügen.

Berlin, den 3. Juli 2001

Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Irmgard Schwaetzer
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333